

**Vertreter-
versammlung**
der LINKEN. Lichtenberg,
24. November, 10 Uhr,
Kino Cinemotion,
Wartenberger Straße 174



Foto: Jörg Rückmann

Wird das Mietrechtsänderungsgesetz der Koalition beschlossen, wächst die Gefahr, dass viele Menschen ihre Miete nicht mehr bezahlen können.

Wohnen – ein Grundrecht

„Bezahlbares und gutes Wohnen in Lichtenberg“ heißt der Beschluss unserer Hauptversammlung vom 13. Oktober. Damit mischt sich die Lichtenberger LINKE hörbar in die wohnungspolitische Diskussion in der Stadt ein. Auf Bundesebene liegen unsere Vorschläge auf dem Tisch. Sie wenden sich gegen die Versuche der schwarz-gelben Koalition, das Mietrecht weiter zu Gunsten der Vermieter zu ändern. Wir wollen Kündigungsschutz stärken, Neuvertragsmieten wirksam kappen, Modernisierungsumlagen reduzieren bzw. abschaffen. Wir fordern soziale Begleitung energetischer Sanierungen. Mietsteigerungen über die Inflationsrate hinaus sollen nur erfolgen, wenn sich auch etwas verbessert.

Der Senat hat mit den städtischen Wohnungsgesellschaften eine Vereinbarung geschlossen. Die setzt Mindestforderungen um, die noch unter Rot-Rot im Bundesrat auf den Weg gebracht worden waren. Das ist nicht falsch, aber zu wenig, weil es nur für 15 Prozent der Wohnungen in Berlin gilt.

Absurderweise bekamen mit Abschluss des Bündnisses tausende Haushalte Mieterhöhungen zugeschickt, die während des

Wahlkampfes nicht versandt worden waren. Unsere Forderung nach Verlängerung des Moratoriums wurde nicht umgesetzt.

Ich werde den Genossenschaften vorschlagen, wenigstens die Regelungen des Senatsbündnisses zu übernehmen. Damit könnte in Lichtenberg tatsächlich etwas erreicht werden. Hier sind über 50 Prozent der Wohnungen städtisches oder genossenschaftliches Eigentum.

Es sollen noch mehr werden, Neubauvorhaben der HOWOGE und der Genossenschaften haben unsere Unterstützung. Aber auch der Rückkauf von privatisierten Wohnungen gehört auf die Tagesordnung. Denn auch in Lichtenberg – Stichwort Palu Suisse – hat die Spekulation mit solchen Wohnungen zu sozialen Verwerfungen geführt, deren Kosten der Bezirk trägt.

Gut zu Gesicht stünde der Bürgerkommune Lichtenberg auch, wenn beim bezirklichen „Bündnis Wohnen“ Transparenz und Partizipation gewährleistet sind. Bürgerschaft und Mieterinitiativen müssen einbezogen werden.

Dr. Andreas Prüfer,
Bezirksstadtrat für Bürgerdienste,
Ordnungsangelegenheiten und Immobilien

Personalabbau stoppen!

Von Christian Petermann

Das Ende der Fahnenstange beim Personalabbau im Öffentlichen Dienst ist noch nicht erreicht. Zumindest nicht, wenn es nach den Vorstellungen der rot-schwarzen Landeskoalition geht. Aber 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weniger – jeder Fünfte also – das wird Konsequenzen für Lichtenberg haben.

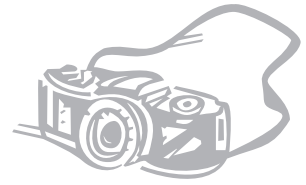
Nach den Plänen des SPD-Bezirksbürgermeisters wird die Galerie im Rathaus ersatzlos geschlossen. Andere Kultureinrichtungen werden an Vereine übertragen und sehen einer ungewissen Zukunft entgegen. Die sieben Seniorenfreizeiteinrichtungen sollen, genauso wie die vier kommunalen Einrichtungen für Jugendliche, auch übertragen werden. Dadurch droht ein Defizit im Bezirkshaushalt. Die Grünflächenpflege wird Schritt für Schritt privatisiert. Das Ordnungsamt muss mit einer Streife weniger auskommen.

All diese Leistungskürzungen sind für die SPD-geführte Senatsverwaltung für Finanzen noch nicht genug. Sie fordert weitere Opfer. Damit droht, dass der Bezirk seine gesetzlichen Pflichtaufgaben nicht mehr erfüllen kann.

Sicher, Personalabbau gab es im Bezirk auch unter Rot-Rot. Weil Lichtenberg aber mehr Dienstleistungen als andere Bezirke erbracht hat, konnten wir uns auch mehr Personal leisten. Nun herrscht politische Willkür. Die Hauptlast tragen die Ostbezirke. Das zeigt: Es ist nicht egal, wer in Berlin regiert. Der Osten hat in der Landesregierung keine Stimme mehr. DIE LINKE wird mit aller Kraft gegen den Leistungsabbau kämpfen.

In dieser Ausgabe

- Bänke (be)setzen – die Lichtenberger bestimmen mit (Seite 2)
- Initiative: Die KultWache (Seite 3)
- Berichte vom Landesparteitag und von der Hauptversammlung (Seite 5)
- Kranke Gesundheitspolitik (Seite 6)
- Gesine Löttsch: Goldregen (Seite 7)



Bänke (be)setzen

Lichtenberger können seit kurzem ihre Bänke nicht nur nutzen, sondern auch „selbst setzen“. Ein von der LINKEN initiiertes Verfahren im Bürgerhaushalt ermöglicht jetzt die unmittelbare und nachvollziehbare Verwirklichung der Bürgervorschläge (→ Rahmenkonzeption Bürgerhaushalt Lichtenberg, www.hendrikjeklein.de).

Das Bezirksamt kann auf öffentlichem Straßenland, auf Grünflächen sowie auf al-

landschaftsplanungsamt nach Standortvorschlägen aus dem Bürgerhaushalt 2012 und 2013 etwa 27 Bänke aufstellen.

Hendrikje Klein: „Angesichts des demografischen Wandels auch in Lichtenberg ist der Ausstattungsgrad noch völlig ungenügend. Jetzt aber“, so die Sprecherin für Bürgerbeteiligung und Demokratie der LINKEN in der BVV, „ermöglichen die neuen Gestaltungsmöglichkeiten eine schnelle Standortbestimmung und Umsetzung“. Dabei müsse „auch nicht nur das Bezirksamt Bänke auf-



Foto: Joachim Pampel

len Flächen, die im Eigentum bzw. in der Verwaltung des Bezirksamtes stehen, Bänke aufstellen. Eine Bank kostet zwischen 700 und 1100 Euro.

Bislang, so Bezirksstadtrat Nünthel (CDU) ersetze das Bezirksamt in Grünanlagen lediglich verschlissene Bänke. Im öffentlichen Straßenraum seien zwischen 2007 und 2010 zirka 40 Bänke neu aufgestellt worden. Im Weitlingkiez waren es zwei Bänke und rund 10 Huppoller. Bis 2013 will das Tiefbau- und

„Gut zum Quatschen“ sei diese Bank in der Parkaue, sagen die beiden jungen Dresdnerinnen gegenüber der Bezirksverordneten Hendrikje Klein (rechts).

stellen, denn die Wohnungsbaugesellschaften sollen ebenso behilflich sein.“

In der Mieterzeitung der HOWOGE „Mieteinander“ wünscht sich Margarete Lieske auf dem Wohnhof in der Harnackstraße „noch mehr Bänke zum Verschnaufen“. Im Stadtteilzentrum Alt Lichtenberg in der Hagenstraße gibt es seit Sommer mehrere Vorschläge für neue Bänke, um für Ältere und Menschen mit Behinderung Möglichkeiten zum Ausruhen zu geben (→ Kasten).

Auch die Leserinnen und Leser dieser Zeitung sind gefragt, meint Hendrikje Klein: „Teilen Sie uns mit, wo noch eine Bank fehlt. Wo und wofür möchten Sie eine Bank setzen (lassen), um sie in den nächsten Jahren dann zu besetzen?“ Vorschläge an: Fraktion DIE LINKE in der BVV, 10365 Berlin, Möllendorffstraße 6, oder per E-Mail mail@hendrikjeklein.de. Joachim Pampel

Vorschläge für neue Bänke

In Alt-Lichtenberg sollen zwei Bänke auf dem Roedeliusplatz gesetzt werden, eine jeweils Frankfurter Allee/Ecke Atzpodienstraße, Ecke Bürgerheimstraße, Ecke Ruschestraße, Ecke Buchberger Straße (vor der Post), Ecke Schulze-Boysen-Straße (Nähe Kundenzentrum HOWOGE) und eine Bank in der Ruschestraße/Höhe Kunzeweg (auf der Seite des Stadions).

KOMMENTIERT

Anfang, nicht das Ende

Im Entwurf unserer Wahlstrategie werden gravierende Widersprüche der turbokapitalistischen Entwicklung sowie die Verantwortung der etablierten Politik dafür aufgedeckt. Damit wollen wir im Wahlkampf punkten, denn immer mehr Menschen erleben diese Widersprüche im persönlichen Leben. Sie wollen eine soziale, menschliche und friedliche Alternative, weswegen DIE LINKE mit ihren Positionen objektiv immer mehr ins Einvernehmen mit einem Großteil der Bevölkerung rückt. Das ist eine gute Botschaft.

Dennoch: Immer weniger Menschen wählen uns oder könnten sich vorstellen, der LINKEN ihre Stimme zu geben. Das ist die schlechte Nachricht.

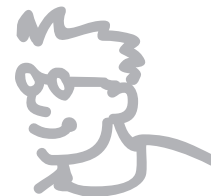
Dieser Widerspruch lässt nur einen Schluss zu: Immer weniger trauen uns zu, wirklich etwas verändern zu können oder sogar zu wollen. Das ist ein Dilemma. Für sie sind wir nach wie vor mehrere Parteien in einer, haben wir uneinige Flügel, aber kein berechenbares Zentrum. Unsere Forderungen werden oft als richtig empfunden, aber was wir davon und wie in den nächsten vier Jahren realisieren wollen, sei nicht erkennbar.

Mit der Digitalisierung und Globalisierung sind bereits für Millionen gravierende Veränderungen in der Arbeits- und Lebensweise eingetreten, und es werden immer mehr. Unter ihnen sind viele Suchende, doch indem wir unseren Blick – wie schon im Parteiprogramm – davor verschließen, haben wir ihnen nichts anzubieten. Aber unter jenen ist das Potenzial, das für linke Alternativen aufgeschlossen ist, besonders groß ...

Und unklar ist auch, mit wem wir etwas umsetzen wollen. Wir lesen hingegen erneut das abschottende „Wir sind die Einzigen“. Alle anderen Parteien werden über einen Kamm geschoren, und genau in dieser Reihenfolge: „Sozial- und Christdemokraten“. Mit solchen Fehleinschätzungen festigen wir nicht unsere Alleinstellungsmerkmale, sondern sorgen dafür, dass wir als momentane 6-Prozent-Partei auch allein bleiben.

Die Wahlstrategie ist ein Diskussionsangebot, sie ist nicht das Ende der Debatte, sondern der Anfang. Nehmen wir das ernst!

Dr. Peter-Rudolf Zolt



Kiez erleben

Kinder und Erwachsene ziehen am 9. November mit Laternen und Gesang durch Alt-Lichtenberg – es ist Martinsumzug! Am Lagerfeuer wird die Geschichte vom Heiligen Martin erzählt, da gibt es Martinshörnchen, Brot aus dem Lehmofen, heiße Getränke und Wurst vom Grill. Dieses Angebot für junge Familien trägt der sich verändernden Bevölkerungsstruktur im Stadtteil Rechnung und soll das Zusammenleben der Generationen fördern. Es ist nicht nur eine inzwischen schöne Tradition, sondern auch ein sichtbarer Ausdruck des gemeinsamen Wirkens der Runde lokaler Akteurinnen und Akteure im Stadtteil.

Vernetzung für Synergie

Koordiniert wird dieser Zusammenschluss sozialer Träger und Einrichtungen schon seit Jahren vom Stadtteilzentrum Lichtenberg-Nord/Standort Alt-Lichtenberg, dessen Träger wiederum das Sozialwerk des dfb e.V. ist. „Das Stadtteilzentrum sieht eine seiner wichtigen Aufgaben in der Vernetzung von Angeboten, im Schaffen gemeinsamer Höhepunkte für die und mit den Bürger/-innen. Das schließt ein, an den Problemen der Bürger/-innen ‚dran‘ zu sein. In diesem Sinne verstehen wir uns auch als Mittler zwischen Bezirksamt und den Bürger/-innen“, betont die Stadtteilkoordinatorin Brigitte Grahl.

Erst vor einem Monat fand wieder eines der gefragten Bürgerforen mit Bezirksstadt-



Foto: Joachim Pampel

rat Wilfried Nünthel (CDU) in der Hagenstraße 57, dem Sitz des Stadtteilzentrums, statt. Hauptthema war der Fortgang – oder besser der Beginn der Arbeiten im Sanierungsgebiet Frankfurter Allee/Nord. Energisch hinterfragt wurde, warum der Sanierungsträger noch immer nicht feststeht und warum es bislang keine Gremien der Bürgerbeteiligung für das Sanierungsgebiet gibt. Die Bürger/-innen wollen mitreden bei der Gestaltung ihres Lebensumfeldes. Sich in diese Prozes-

se moderierend einzubringen, ist ebenfalls erklärtes Ziel der Arbeit des Stadtteilzentrums. Dazu gehört, über die bisher Interessierten hinaus eine breite Bürgerschaft für die Mitwirkung zu gewinnen.

Ideen sind gefragt

Das gilt auch für die Auslastung des Kiezfonds. Da wünschte sich die Bürgerjury, deren Arbeit vom Stadtteilzentrum koordiniert wird, noch mehr Ideen und Initiativen. „Das Jahr ist bald zu Ende und wir haben noch Gelder zu vergeben. Anträge können unkompliziert gestellt werden. Hilfe dabei gibt es im Stadtteilzentrum“, so Ines Brand, die ehrenamtliche Juryvorsitzende. Auch der Martinsumzug wurde übrigens über den Kiezfonds unterstützt.

Soziokultureller Treffpunkt

Rund 30 Veranstaltungen finden monatlich in der Hagenstraße 57 statt. Ein Blick in das vielfältige Monatsprogramm lohnt.

Auf eine ganz besondere Veranstaltung sei noch hingewiesen: das Festliche Konzert aus Anlass des 20. Jahrestages des Sozialwerkes des dfb und zugunsten des Wohnprojektes „Undine“. Es findet am 12. Januar 2013 um 15 Uhr in der Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36, statt. Karten können ab sofort bestellt werden: kontakt@sozialwerk-dfb-berlin.de, Telefon: 577 99 419.

Birgit Hartigs

● **Kontakt:** stz.lichtenberg-nord@sozialwerk-dfb-berlin.de, Telefon: 550 95 45

Könnte Kult werden – die KultWache

Seit Februar 2012 steht die Polizeiwache in der Rathausstraße 12 leer. Und seit Monaten macht sich eine Initiative aus Lichtenberg für eine kiezgerechte Nutzung des Gebäudes stark. Das Projekt hat auch einen klangvollen Namen: „KultWache Rathausstern“. Inzwischen gibt es breite Unterstützung aus den Reihen der Bezirkspolitik, und auch im Senat findet das Projekt Anklang. Baustaatssekretär Ephraim Gothe sprach sich für die Anwendung eines Konzeptverfahrens zur Vergabe der Liegenschaft aus.

Gegenwärtig gehört das Objekt der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM), und eigentlich sollte es über den Liegenschaftsfonds veräußert werden. Nun kam es am 17. Oktober aber doch nicht auf die Tagesordnung. Akteurinnen und Akteure der Initiative ziehen daraus den Schluss, dass ein offenes Bieterverfahren vom Tisch ist.

Das wäre ein großer Erfolg, denn damit wäre eine wichtige Hürde auf dem Weg zu einer nachhaltigen sozialen und kulturellen Nutzung des Geländes überwunden. In der Pressemeldung des zuständigen Bezirksamtes heißt es: „Auf Wunsch der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und auch des Bezirkes Lichtenberg ist der Weg zum Verkauf der alten Polizeiwache in der Rathausstraße 12 heute noch nicht freigemacht worden.“

Bezirksstadtrat Andreas Prüfer jedenfalls freut sich, dass die vom Bezirk unterstützte Initiative, die auch eine Kita errichten will, nun eine gute Chance erhält, ihre spannenden Projektideen zu verwirklichen.

● **Infos:** www.rathausstern-lichtenberg.de

*Junge Leute mit vielen guten Ideen:
Die Initiatoren und Initiatorinnen der
„KultWache Rathausstern“*



Foto: KultWache



Klassisches Eigentor

Zunächst sah alles danach aus, als sollte der Personalabbau im Bezirksamt Lichtenberg das beherrschende Thema der Bezirksverordnetenversammlung am 25. Oktober werden. Mehrere Anträge, vor allem aber eine Große Anfrage der LINKEN, lösten eine heftige Debatte aus. Hintergrund ist die Auflage der SPD-CDU-Regierungskoalition an den Bezirk, die Zahl der Beschäftigten bis 2016 um 274 Vollzeitäquivalente zu reduzieren. Vollzeit... was? Der sperrige Begriff meint nichts anderes als Vollzeitstellen. Und im Zuge von Streichungen und Kürzungen verwundert es nicht, wenn gern und liebevoll von VzÄ gesprochen wird.

Doch dahinter verbergen sich Menschen. Und zwar sowohl die, deren Jobs in Gefahr sind, als auch die Bürgerinnen und Bürger Lichtenbergs, für die ein solcher Stellenabbau fatale Folgen hätte, wenn zum Beispiel Bürgerämter und Freizeitstätten geschlossen, Grünflächen privatisiert oder Kultureinrichtungen in freie Trägerschaft überführt werden müssen.

DIE LINKE hält dagegen

Die Antwort des Bezirksbürgermeisters Andreas Geisel auf die Große Anfrage der LINKEN sagt vor allem eines aus: Von der anfänglichen Beteuerung, dem Ansinnen der Koalition standhaft trotzen zu wollen, ist nicht viel übrig geblieben. Auf die Frage „Beabsichtigt das Bezirksamt, mit der Senatsverwaltung für Finanzen eine Vereinbarung zur Erreichung der ‚Zielzahl‘ abzu-

schließen?“ antwortete der Bürgermeister: „Grundsätzlich ja.“ Folgerichtig kam Christian Petermann, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, zu dem Schluss: „Das Bezirksamt und der Bezirksbürgermeister sagen grundsätzlich ja zum Personalabbau, DIE LINKE sagt grundsätzlich nein.“ Das wiesen Vertreter der Zählgemeinschaft natürlich entrüstet zurück, um schließlich einen Antrag der LINKEN abzulehnen, in dem das Bezirksamt ersucht wird, „mit der Senatsverwaltung für Finanzen keine Vereinbarung über ein Personalabbaukonzept zu schließen, das über die Ergebnisse der aufgabenkritischen Betrachtung in den Fachämtern hinausgeht, bzw. das mit der Schließung von Einrichtungen und Leistungsabbau verbunden ist.“

Falsch abgestimmt

Die Zeit war fortgeschritten, die Tagesordnung noch längst nicht abgearbeitet, als ein Antrag der Piraten aufgerufen wurde. Darin ging es um die Forderung, die nächtlichen Taktfrequenzen von aus der Innenstadt kommenden Straßenbahnlinien von 30 auf 20 Minuten zu verkürzen. Wieder entbrannte eine hitzige Diskussion. Es gebe doch Fahrpläne. Man könne auch ein Taxi nehmen. In Stralsund führen Straßenbahnen in viel größeren Abständen ... Irgendwann waren auch die absurdesten Argumente ausgetauscht und die Sympathien für den Vorschlag übersichtlich: Piraten und LINKE dafür. Es kam zur Abstimmung. Das Ergebnis wurde verkündet. „Was“, rief Gregor Hoffmann, der Fraktionsvorsitzende der CDU, „das kann doch nicht sein!“

Was war geschehen? Das schier Unglaubliche: die Zählgemeinschaft in der Minderheit! Flugs wurde eine Wiederholung der Abstimmung verlangt, der Ältestenrat folgte diesem Ansinnen, und siehe da: Die Abweichler waren auf Vordermann gebracht, und das Ergebnis stimmte wieder.

Ich kenne solche Situationen vom Fußballplatz. Wenn bei einem regulären Treffer der gegnerische Trainer „Abseits!“ ruft und der Schiedsrichter das Tor nicht anerkennt. Ihr Sieg, verehrte Zählgemeinschaft, ist am Ende aber nicht mehr als ein klassisches Eigentor.

Tatjana Behrend

Protestmarsch

Seit Anfang September marschieren mehrere hundert Flüchtlinge durch Deutschland, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Sie protestieren gegen Residenzpflicht, Abschiebung und das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz. Anfang Oktober kamen die Flüchtlinge in Berlin an und errichteten ein Protestcamp am Oranienplatz, wenige Tage später ein zweites am Brandenburger Tor. Am 24. Oktober traten einige von ihnen in den Hungerstreik. DIE LINKE unterstützt den Protest. Viele, auch viele Lichtenberger/-innen waren und sind vor Ort, helfen mit Spenden und unterstützen den Widerstand gegen die schikanöse Behandlung der Hungerstreikenden durch die Behörden.

Zeigt Euch weiterhin solidarisch! Unterstützt die Asylsuchenden vor Ort oder mit einer Spende.

● **Alle Infos:** www.refugeetentaction.net

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Fahrbahnsanierung

Die Rathausstraße erhält bis Ende November eine neue Asphaltenschicht. In dieser Zeit gibt es umfangreiche Verkehrseinschränkungen. Der Lichtermarkt am 2. Dezember findet aber wie geplant statt.

Bebauungspläne

Drei Bebauungsplanentwürfe für Hohenschönhausen liegen bis zum 22. November in Alt-Friedrichsfelde 60, Haus 2, Zimmer 2.1304 aus. Ein Entwurf betrifft zum Beispiel das Gelände der ehemaligen Industriebahntrasse zwischen Degner- und Suermondstraße. Weitere Infos unter Telefon: 902 96-61 18 und 902 96-42 00.

25 Jahre Keramikatelier

Ein Vierteljahrhundert gibt es das Keramikatelier in der Frankfurter Allee 203 schon. Jährlich werden hier etwa 4 000 Interessenten angeleitet. Infos unter Telefon 559 77 94 oder www.kultur-in-lichtenberg.de.

Globalplayer von hier

Die PanTrac GmbH (vormals VEB Elektrokohle Lichtenberg) ist das „Lichtenberger Unternehmen des Jahres 2012“. Ihre Produkte werden in Bahnen und Hochgeschwindigkeitszügen überall auf der Welt eingesetzt. Der mit 1 000 Euro dotierte Preis ist vom Wirtschaftskreis Hohenschönhausen-Lichtenberg e.V. zur Verfügung gestellt worden.

Ein-Euro-Jobber

„Ein-Euro-Jobber“ können jetzt mit Unterstützung einer Ombudsperson, die in der Schiedsstelle des Bezirksamtes angesiedelt ist, Konflikte mit ihren Arbeitgebern schlichten – eine Idee der LINKEN, die jetzt vom Sozialausschuß der BVV einstimmig beschlossen wurde.

Flüchtlingsaufnahme

In Lichtenberg könnte man eigens eine Schule aufmachen, um alle Flüchtlingskinder gut zu unterrichten. Dies stellte der Integrationsausschuß der BVV fest. Der Bezirk nimmt derzeit gut ein Viertel aller Flüchtlinge auf, die in Berlin leben.

Haben wir nichts Besseres zu tun ...



... als uns ein Wochenende um die Ohren zu schlagen? Nein, denn am 20. und 21. Oktober fand der Berliner Landesparteitag der LINKEN statt. Allen Untergangsprognosen zum Trotz, die nach der Wahlniederlage geäußert wurden, war der Parteitag ein Erfolg. Er trug zur organisatorischen Festigung und Erneuerung der LINKEN in Berlin bei. Mit dem Leitantrag und der Diskussion um den Ausbau der stadtpolitischen Kompetenz des Landesverbandes wurden Schwerpunkte unserer Arbeit benannt. Unsere politische Arbeit in der Stadt wird von den Forderungen „Gute Arbeit in Berlin“, „Wohnen ist Leben“ und „Öffentlich weil's besser ist“ bestimmt.

Wir richten unsere Aufmerksamkeit auf die Wirkung der Partei in den BVVs, im Abgeordnetenhaus und vor allem in den sozialen Bewegungen der Stadt. Die Verankerung in der Gesellschaft wird unsere Akzeptanz

Der neue Berliner Landesvorstand

verbessern, wir werden neue Mitglieder gewinnen und dem Bundestagswahlkampf 2013 wichtige Impulse geben.

Die Wahl des Landesvorstandes hat der Partei die notwendige organisatorische Erneuerung verschafft. Klaus Lederer ist wieder Landesvorsitzender, und der Vorstand hat sich mit neuen Mitgliedern aufgestellt. Dabei hat Daniel Tietze aus unserem Bezirksverband ein gutes Ergebnis als stellvertretender Landesvorsitzender erzielt.

Beeindruckend war der Auftritt der Senioren aus Pankow, die ihre Begegnungsstätte in der Stillen Straße wegen drohender Vertreibung besetzt und einen Sieg errungen haben. DIE LINKE war an ihrer Seite – von Beginn an.

Manfred Meineke

● **Infos:** www.die-linke-berlin.de

Hauptversammlung

Die Hauptversammlung am 13. Oktober fasste den Beschluss „Bezahlbares und gutes Wohnen in Lichtenberg“ und verabschiedete eine Resolution gegen den Personalabbau im Öffentlichen Dienst (→ Seite 1). Beide Beschlüsse sind unter www.die-linke-lichtenberg.de nachzulesen, und sie liegen in der Geschäftsstelle und im Wahlkreisbüro zum Kopieren bereit. Das Thema „Wohnen und Mieten“ wird ein Schwerpunkt im bevorstehenden Bundestagswahlkampf sein.

Die Hauptversammlung wählte 28 Delegierte zum 4. Landesparteitag und 28 Vertreterinnen und Vertreter zur Landesvertreterversammlung am 23. Februar 2013. Die Vertreterversammlung stellt die Landesliste der Berliner LINKEN zur Bundestagswahl auf.

Auf dem 4. Landesparteitag der LINKEN. Berlin werden folgende Mitglieder als Delegierte unseren Bezirk vertreten: Tatjana Behrend, Annedore Czerny, Christina Emmrich, Ingeborg Görsdorf, Michael Grunst, Rolf Hecker, Rosemarie Heyer, Bernd Ihme, Hendrikje Klein, Günther Kloor, Wolfgang Kluge, Katrin Lompscher, Gesine Löttsch, Jannet Magdo, Manfred Meineke, Silke Mock, Anja Ott, Christian Petermann, Andreas Prüfer, Jochen Rakowski, Sigrid Schaaf, Sören Schleicher, Sebastian Schlüsselburg, Evrim Sommer, Jürgen Steinbrück, Birgit Stenzel, Daniel Tietze und Harald Wolf.

Als Ersatzdelegierte wurden Petra Weitling und Gerhard Langguth gewählt. Ladet sie zu Veranstaltungen in Eure Basisorganisationen ein!

Wolfgang Schmidt

● **Infos:** www.die-linke-lichtenberg.de

Veranstaltungen

- **Dienstag, 13.11., 18 Uhr**
„Die Tage des Gärtners. Vom Glück im Freien zu sein“, aus der Reihe „gedrucktes“, mit Jakob Augstein und Gesine Löttsch; Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, Anmeldung erbeten unter 24 009 548 oder gedrucktes@die-linke.de
- **Dienstag, 13.11., 19 Uhr***
Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes der Lichtenberger LINKEN
- **Mittwoch, 14.11., 16 Uhr****
Konstituierung des Wahlkampfstabes Lichtenberg
- **Donnerstag, 15.11., 17 Uhr**
Tagung der BVV Lichtenberg; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36
- **Montag, 19.11., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Mittwoch, 21.11., 19 Uhr****
Beratung der AG Parteileben beim Bezirksvorstand
- **Sonntag, 24.11., 10 Uhr**
Vertreterversammlung der LINKEN. Lichtenberg; Kino Cinemotion, Wartenberger Straße 174
- **Dienstag, 27.11., 19 Uhr***
Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes der Lichtenberger LINKEN
- **Montag, 3.12., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes

Veranstaltungsort:

* Alfred-Kowalke-Straße 14, ** Ahrenshooper Straße 5

Vertreterversammlung einberufen

Der Bezirksvorstand beruft die Vertreterversammlung des Bezirksverbandes Lichtenberg der LINKEN zur Aufstellung des Wahlkreisvorschlages zur Bundestagswahl 2013 ein:

● **Sonntag, 24. November 2012, 10 Uhr**, Kino Cinemotion, Wartenberger Straße 174, 13051 Berlin

● **Vorläufige Tagesordnung:**

- Konstituierung
- Zur politischen Situation
- Diskussion
- Wahl der Direktkandidatin/ des Direktkandidaten der LINKEN im Bundestagswahlkreis 86
- Schlusswort

Kranke Gesundheitspolitik

Gesundheit darf keine Ware sein und Gesundheitsversorgung kein Renditeobjekt, so der Arzt und Lichtenberger Links-Abgeordnete Dr. Wolfgang Albers.

Am 16. Oktober diskutierte er mit Bürgerinnen und Bürgern seines Wahlkreises im Kiezklub in der Alt-Hohenschönhausener Manetstraße über ein Thema, das alle betrifft und viele besorgt: das Gesundheitssystem. Wolfgang Albers stellte dar, dass und wie Kliniken permanent unterfinanziert sind und niedergelassene Ärztinnen und Ärzte gezwungen werden, als Unternehmer zu agieren. Krankenhäuser und Ärzte überstünden das vielleicht, Opfer aber seien auf jeden Fall die Patientinnen und Patienten.



Foto: DIE LINKE, Berlin

Der Chirurg Dr. Wolfgang Albers (DIE LINKE), direkt gewähltes Mitglied im Abgeordnetenhaus von Berlin für den Wahlkreis 2

Obwohl Berlin insgesamt in vielen ärztlichen Fachdisziplinen sehr gut oder gar überaus ausgestattet ist, stelle sich die Situation in den Bezirken sehr differenziert dar. Wo es viele Privatpatienten gibt, gebe es auch viele Ärztinnen und Ärzte. In Hohenschönhausen hingegen sei es sehr schwer, in einer Arztpraxis unterzukommen, um die notwendige medizinische Hilfe zu erhalten.

Warenhausmentalität

Immer mehr Untersuchungen sind sogenannte Individuelle Gesundheitsleistungen (IGEL) geworden, für die man bezahlen müsse. Das könnten sich viele Menschen nicht leisten. Nicht wenige aber sparten sich solche Zusatzkosten vom Munde ab, obwohl sich die meisten IGEL-Angebote vor allem auf dem Konto der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte anstatt in besserer Gesundheit bemerkbar machen würden, kritisierte Wolfgang Albers. Genau deshalb seien

auch die Kassenärztliche Vereinigung (KV) und andere ärztliche Lobby-Gruppen intensiv bemüht, das lukrative IGEL-System auszuweiten und kostendämpfende Alternativen abzuwehren.

Es ginge auch anders

Der Abgeordnete Albers nannte Alternativen: Wenn das Gesundheitswesen so sehr zur Ware-Geld-Beziehung geworden sei, müsste dies zumindest konsequent zur Steuerung angewendet werden. Konkret: Wenn zum Beispiel die Anzahl der Ärztinnen und Ärzte den errechneten bezirklichen Bedarf um 20 Prozent überschreitet, sollte die Finanzzuweisung für die betreffende Ärztesgruppe in diesem Bezirk um 20 Prozent gekürzt werden. Damit wären in kurzer Zeit viele Probleme ungleicher und ungerechter Praxen-Verteilung gelöst.

Möglich wäre auch, die IGEL-Angebote zu verbieten – oder wieder das poliklinische Prinzip einzuführen. Dadurch könnten die medizinische Versorgung deutlich verbessert und Kosten gesenkt werden. „Das wiederum ist ein weiterer Grund“, so Wolfgang Albers, „warum vor allem die Kassenärztliche Vereinigung alle diesbezüglichen Vorschläge vehement bekämpft.“

Lobbyismus verhindert viel

Doch selbst wenn die Politik eine Umkehr in diesem kranken System vollziehen wollte, müsste sie mit dem erbitterten Widerstand mächtiger Lobby-Gruppen rechnen. Bislang hat auch bei den zaghaftesten Versuchen immer die Politik in solchen Konflikten den Kürzeren gezogen ...

Aber auch so täuschen viele der sogenannten Reformen Fortschritt nur vor. Real werden bürokratische Prozeduren verfeinert und Patientinnen und Patienten – vor allem ältere – immer mehr abgeschöpft.

Auch bei der künftigen Krankenhausfinanzierung bestimmen Unkenntnis und Populismus das politische Handeln. So kann das Land Berlin nicht die eigentlich notwendigen 200 Millionen Euro zur Krankenhausfinanzierung zahlen. Zurzeit umfasst die Finanzierung rund 100 Millionen Euro.

In dieser Situation fordern die Grünen, die Krankenhausfinanzierung auf 50 Millionen zu vermindern! Eine solche dauerhafte Absenkung der vom Gesetz her gebotenen staatlichen Finanzierung auf ein Viertel des realen Bedarfs würde zur gravierenden Verschlechterung der öffentlichen Gesundheitsleistungen und zur immensen privaten Kostenbelastung für die Menschen führen. Und



Foto: Jörg Rückmann

Gute Medizin nur noch für Wohlhabende?

wer sich das nicht leisten könne, habe eben Pech gehabt, beschrieb Wolfgang Albers die Haltung der Grünen.

Mit solch menschenverachtenden Thesen machten sich die Grünen zwar sowohl für SPD als auch für die CDU als Koalitionspartner hoffähig, wendeten sich aber gegen die Interessen der Menschen in Berlin. Dem, so der LINKE-Abgeordnete, müsse man politisch entgegentreten und sich weiterhin für ein solidarisches Gesundheitssystem stark machen. Dr. Peter-Rudolf Zottl

Bürgersprechstunden

- **Evrin Sommer**, Wahlkreis 1, ☎ 23 25 25 59, nach Vereinbarung
 - **Wolfgang Albers**, Wahlkreis 2, ☎ 23 25 25 51, nach Vereinbarung
 - **Marion Platta**, Wahlkreis 3, ☎ 23 25 25 50, Donnerstag, 15.11., 17 Uhr, Kiezclub „Magnet“, Strausberger Straße 5
 - **Sebastian Schlüsselburg**, Wahlkreis 4, ☎ 0163/588 1205, nach Vereinbarung
 - **Katrin Lompscher**, Wahlkreis 5, ☎ 23 25 25 08, Freitag, 16.11., 17 Uhr, IKB, Münsterlandstraße 33
 - **Harald Wolf**, Wahlkreis 6, ☎ 23 25 25 07, Dienstag, 13.11., 16 Uhr, KULTschule, Sewanstraße 43
- Wir kommen auch gern zu BO- oder Kiezveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

Goldregen

Von Dr. Gesine Löttsch, MdB

Der große Fraktionssaal von CDU und CSU war gerammelt voll. Über 150 Abgeordnete wollten von EZB-Chef Mario Draghi wissen, welche Rolle die Bank in der Euro-Krise spielt. Ich habe Draghi gefragt, ob er bereit sei, nicht nur die Banken zu retten, sondern auch in die Sicherung von Arbeitsplätzen zu investieren. Das hat er verneint. Auch bei meiner zweiten Frage war er mit seiner Antwort sehr zurückhaltend. Draghi war mal Vizepräsident von Goldman-Sachs International. Diese Investmentbank hat zusammen mit der konservativen griechischen Regierung die Europäische Union betrogen, um Griechenland den Zugang zum Euro zu eröffnen. Sollten solche Banken nicht von öffentlichen Aufträgen in Europa ausgeschlossen werden? Es wäre aus meiner Sicht eine Selbstverständlichkeit, dass betrügerische Unternehmen nicht weiter in den Genuss von staatlichen Aufträgen kommen. Die gleiche Frage hatte ich schon der Bundesregierung gestellt. Doch auch die wollte nicht gegen Goldman Sachs vorgehen.

In den Ruin getrieben

Draghi betonte, dass die Haushaltskonsolidierung weitergehen müsse. Das heißt für ihn: keine höheren Steuern für die Reichen, sondern Ausgabenkürzungen. Es ist für mich immer wieder erstaunlich, wie kluge Menschen so einen Unsinn reden können, ohne dass ein Aufschrei durch die Medien geht. Ich weiß nicht, ob Draghi schon einmal in Griechenland war, um sich die Ergebnisse

der verheerenden Politik von EZB, IWF und EU, der sogenannten Troika, anzuschauen. Ausgabenkürzungen haben Griechenland in den Ruin getrieben. Auch wenn das Land jetzt Aufschub von der Troika erhalten soll, wird so die Krise nicht beendet, sondern nur verlängert. Für die Banken löst die Draghi-Strategie einen wahren Goldregen aus. Sie bekommen billiges Geld, damit spekulieren sie weiter. Und sie werden ihre Schrottpapiere bei der EZB los.

180-Grad-Wende

Im Bundestag wurde ein bemerkenswerter SPD-Antrag behandelt: „Kranke entlasten – Praxisgebühr abschaffen“. Den ersten Absatz muss ich vollständig zitieren: „Die von der CDU/CSU im Rahmen der Verhandlungen zum Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung 2003 durchgesetzte Praxisgebühr von 10 Euro pro Quartal hatte das Ziel, die Inanspruchnahme von Vertragsärztinnen und Vertragsärzten besser zu strukturieren. Diese Steuerfunktion hat sich bis heute, also nach fast 10 Jahren, nicht erfüllt.“

Die SPD, die damals den Kanzler stellte, hatte offensichtlich nichts mit der Praxisgebühr zu tun. Zur Erinnerung: Gerhard Schröder sagte in seiner Agenda-2010-Rede im Jahr 2003: „Gerade weil Eigenverantwortung gestärkt werden muss, sollten wir ... Instrumente wie differenzierte Praxisgebühren und Selbstbehalte nutzen.“ Es ging also nicht um Nötigung durch CDU und CSU! Es war der ausdrückliche Wille des SPD-Kanzlers. Besonders Menschen mit sehr geringen Einkommen entscheiden sich oft gegen einen Arztbesuch, weil sie sich die Praxisge-

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar über

● Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 99 27 07 25, oder im Bundestag, ☎ 22 77 17 87; E-Mail: gesine.loetzsch@wk.bundestag.de

● **Sprechstunden:** 14. November, 18 Uhr, und 19.12., 17 Uhr, Bürgerbüro (Bitte anmelden!)

Ihr Newsletter kann bestellt werden auf www.gesine-loetzsch.de. **Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!**

bühr nicht leisten können. Ich bin immer wieder erstaunt, wie unreflektiert die SPD mit ihrer Regierungszeit umgeht.

Renten und Steuern

Die Rente ist Dauerthema im Bundestag. Wir haben die Rücknahme der Rente erst ab 67 Jahren gefordert. Rentenministerin von der Leyen sagt: „Entweder man kürzt die Renten oder man erhöht den Beitragssatz drastisch oder wir arbeiten alle etwas länger.“ Allerdings beläuft sich nach Angaben der Bundesregierung die vermeintlich drastische Beitragssatzerhöhung bis zum Jahr 2030 auf 0,5 Beitragspunkte. Wer durchschnittlich verdient, müsste also nach heutigen Werten 6,76 Euro mehr Beitrag in die Rentenkasse zahlen. Das bezahlt doch jeder lieber, statt eine Armutsrente zu bekommen.

Als haushaltspolitische Sprecherin meiner Fraktion fühle ich mich verpflichtet, die Regierung auf Steuerverschwendung hinzuweisen. Ich habe nachgefragt, wie oft die Villa Hammerschmidt in Bonn vom Bundespräsidenten genutzt wird. Demnach war Joachim Gauck seit seiner Amtsübernahme gerade mal vier Tage da. Die Kosten für den zweiten Amtssitz sind nicht ohne: Personalkosten in Höhe von 210 000 Euro jährlich für fünf Mitarbeiter, plus die Kosten für Reinigung, Sicherheit, Energie und Veranstaltungen.

Ich habe vorgeschlagen, die Villa Hammerschmidt der Stadt Bonn zu überlassen. Und wenn der Bundespräsident nach Bonn kommt, kann er sich einmieten. Das ist doch die vernünftige Variante, oder?

20 Jahre Naturschutzstation Malchow: Christine Hempel, Katrin Lompscher, Gesine Löttsch (v. l. n. r.) und Christina Emmrich (links) feiern mit der Leiterin der Station, Beate Kitzmann (2. v. l.) dieses Jubiläum.



Foto: Büro Löttsch



Kein Namenskampf, ein Kampf ums Erinnern

Das Schul- und Leistungssportzentrum Berlin (SLZB) ist eines der erfolgreichsten deutschen Eliteschulen des Sports. Derzeit hat es zwei Standorte: die Werner-Seelenbinder-Schule und das Coubertin-Gymnasium. Beide Standorte fusionieren, was die Frage des Namens der neuen Schule aufwirft. Gegen den Namen Werner Seelenbinder gibt es Widerstände. Das vorgeschobene Argument ist, dass die Schule unter diesem Namen eine Gesamtschule war und einen schlechten Ruf hatte. Die Erinnerung an den bedeutenden Arbeitersportler Werner Seelenbinder darf jedoch nicht erlöschen.

„info links“ dokumentiert deshalb Auszüge aus dem Offenen Brief, den Dr. Hans Coppi, Vorsitzender der Berliner VVN-BdA, an das Schul- und Leistungssportzentrum Berlin geschrieben hat.

Sehr geehrter Herr Dr. Neumes,

nach der Fusion zwischen der Werner-Seelenbinder-Schule und dem Coubertin-Gymnasium werden die Schülerinnen und Schüler, die Eltern und die Lehrerinnen und Lehrer entscheiden, welchen Namen künftig das Schul- und Leistungssportzentrum Berlin tragen wird.

Die Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist/-innen möchte anregen, in diesem sicherlich nicht einfachen Meinungsbildungsprozess Werner Seelenbinder in die engere Wahl zu ziehen. Seit 1968 trug die Schule im Sportforum Berlin diesen Namen. ...

Werner Seelenbinder ... gehört zu den wenigen deutschen Spitzenathleten, die gegen das Naziregime auftraten. 1933 verweigerte er den obligatorischen Hitlergruß bei Siegerehrungen und wurde daraufhin für einige Zeit in das KZ Columbiahaus gesperrt. ... Auch nach 1936 unterstützte er Gegner des Naziregimes, versorgte sie mit illegalem Material, Unterkünften, Geld und



Foto: Archiv

Werner Seelenbinder

Lebensmitteln. Anfang 1942 wurde er festgenommen, 1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 24. Oktober 1944 hingerichtet. Ein mutiger Mann, dessen aufrechte Haltung nicht nur Sportler beeindruckte.

Die Entscheidung für Werner Seelenbinder wäre auch eine Würdigung aller Arbeitersportler, die in Freundes- und Widerstandskreisen aktiv waren und von denen viele zu Zuchthaus- und Todesstrafen verurteilt wurden. Eine vielfältige Erinnerung an Verfolgung und Widerstand gegen das Naziregime hat auch vor dem Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzung mit Rassismus und Neonazismus einen aktuellen Bezug, der weit in das 21. Jahrhundert reicht. ...

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Wolfgang Schmidt

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: (030) 512 20 47

Fax: (030) 51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

Redaktionsschluss für Ausgabe 9/12: 1.11.2012

Die nächste Ausgabe erscheint am 6.12.2012

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 23.11.2012

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

- **Sonntag, 11.11., 16 Uhr**
„Die Bremer Stadtmusikanten“, Theater für Kinder ab 4 Jahre; Das Weite Theater, Parkaue 23
- **Dienstag, 20.11., 17 Uhr**
„Blutroter Waschgang“, Krimilesung mit H. Ramlow und U. Christensen; Albatros Lebensnetz, Anna-Ebermann-Straße 26, Eintritt: 5 €
- **Mittwoch, 21.11., 19 Uhr**
Ausstellungseröffnung: Bilder und Objekte von Manfred Zoller; Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 99 (noch bis 16.1.)
- **2.11. – 24.11.**
„Besatzungsherrschaft, Reaktionen, Erinnerung“, Konferenz zum Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945; Deutsch-Russisches Museum, Zwieseler Straße 4
- **noch bis Freitag, 23.11.**
Berliner Märchentage in allen Bibliotheken, Infos unter: www.stadtbibliothek-berlin-lichtenberg.de
- **Freitag, 23.11., 19 Uhr**
Deutsch-russische Begegnung in der Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts, Vortrag von Prof. Eberhard Dieckmann; studio im hochhaus, Zingster Straße 25
- **Sonnabend, 24.11., 11 Uhr**
Lichtenbergs verschwundene Friedhöfe, Tour mit Rotraut Simons, Treff: Möllendorffstraße 6, Eintritt: 2 €
- **Freitag, 24.11., 20 Uhr**
Das Römer-Ratmeyer-Quartett spielt Duke Ellington; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112
- **Freitag, 30.11., 19 Uhr**
Adventskonzert mit Anne-Katrin Schenck und „Senza Sordini“; Museum Kesselhaus Herzberge, Herzbergstraße 79
- **Sonnabend, 1.12., 16 – 18.30 Uhr**
„Integration und Inklusion“, Benefiz-Gala der Bürgerstiftung Lichtenberg; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36, Eintritt: 15 € (Kinder 10 €)
- **Sonnabend, 1.12., ab 15 Uhr**
Weihnachtswerkstatt, **ab 18 Uhr** Weihnachtssingen; Jugendkunstschule Lichtenberg, Demminer Straße 4
- **Donnerstag, 6.12., 18 Uhr**
„Die Geschichte des Schlosses Hohenschönhausen“; Bürgerschloss, Hauptstraße 44, Eintritt: 2 €, bitte anmelden
- **Sonntag, 9.12., 16 – 18 Uhr**
Weihnachtskonzert: Schostakowitsch-Musikschule und russischer Kinderchor; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112